

Gesetz-Sammlung
für die
Königlichen Preussischen Staaten.

— Nr. 43. —

(Nr. 2527.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 14. September 1844, betreffend die Vertretung der vormals unmittelbaren Deutschen Reichsstände bei den nach der Verordnung vom 7. März 1843. stattfindenden Jagdbeziehungen.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 19. v. M. bestimme Ich hierdurch, daß die Vorschrift des §. 36. der Instruktion vom 30. Mai 1820., nach welcher die Domanal- oder Verwaltungsbehörden der vormals unmittelbaren Deutschen Reichsstände für diese in den daselbst bezeichneten Rechtsstreitigkeiten als Haupt- oder Nebenparthei auftreten können, ohne dazu einer besonderen Legitimation zu bedürfen, auch auf die Verhandlungen wegen der nach den beiden Verordnungen vom 7. März v. J. (Gesetzsammlung Nr. 2340. und 2341.) stattfindenden Theilungen gemeinschaftlicher Jagddistrikte in der Provinz Westphalen Anwendung finden soll. — Diese Bestimmung, nach welcher sich die Vorschrift des §. 7. der zweiten jener beiden Verordnungen (Nr. 2341.) wegen des persönlichen Erscheinens der Betheiligten modifizirt, ist durch die Gesetzsammlung bekannt zu machen.

Sanesouci, den 14. September 1844.

Friedrich Wilhelm.

An das Staatsministerium.

(Nr. 252S.) Verordnung wegen Zusammenrechnung der Besitzzeit der Erblasser und der Erben bei der, zur Ausübung ständischer Rechte erforderlichen Dauer des Grundbesitzes. Vom 29. November 1844.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen *rc. rc.*

verordnen wegen Zusammenrechnung der Besitzzeit der Erblasser und der Erben bei der zur Ausübung ständischer Rechte erforderlichen Dauer des Grundbesitzes, nach eingeholtem Gutachten Unserer getreuen Stände sämtlicher Provinzen, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, wie folgt:

§. 1.

Bei Berechnung des, zur Wählbarkeit der Abgeordneten aller Stände zu den Provinzial-Landtagen erforderlichen zehnjährigen Grundbesitzes wird in jedem Vererbungsfalle, so wie bei jeder Sukzession in ein Lehn-, Stamm- oder Fideikommiß-Gut, die Besitzzeit des Erblassers und des Erben, resp. des Vorbesizers und des Nachfolgers zusammengerechnet.

§. 2.

Die Bestimmung des §. 1. findet Anwendung auf die Universal-Legatate und die Legatate zu einem Universal-Titel im Sinne des im Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Eöln geltenden bürgerlichen Gesetzbuches Art. 1002. u. f., nicht aber auf andere Legatate.

§. 3.

Der Vererbung (§. 1.) ist es gleich zu achten, wenn der Eigenthümer eines Grundstückes dasselbe bei Lebzeiten an einen seiner ehelichen Nachkommen abtritt.

§. 4.

Die Bestimmung in §. 5. Nr. 1. der Gesetze wegen Anordnung der Provinzialstände vom 1. Juli 1823. und 27. März 1824., nach welchen nur bei Vererbungen in auf- und absteigender Linie eine solche Zusammenrechnung (§. 1.) stattfindet, wird hiermit aufgehoben.

Urs



Urkundlich unter Unserer Höchstseigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Charlottenburg, den 29. November 1844.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Prinz von Preußen.

v. Boyen. Mühlcr. v. Nagler. Kother. Eichhorn. v. Thile.
v. Savigny. v. Wülow. v. Bodelschwingh. Gr. zu Stolberg.
v. Arnim. Udden.

